



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2018/04726**
Datum: 18.12.2018
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	19.12.2018	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der AfD Stadtratsfraktion Halle zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM für eine Resolution: Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat von Halle (Saale) erklärt seine Bereitschaft – zusätzlich zum üblichen Aufnahmeverfahren – speziell im Mittelmeer aus Seenot gerettete Menschen in Halle (Saale) aufzunehmen und sich gegenüber der Bundesregierung und im speziellen dem Bundesminister des Inneren, für Bau- und Heimat unter folgenden zwei Bedingungen dafür einzusetzen dies zu ermöglichen.

1. Die zustimmenden Stadträte der antragsstellenden Fraktionen werden diesen Prozess durch eine zweckbestimmte Einzahlung von 2,6 Millionen Euro als Sicherheitsleistung auf ein dafür geschaffenes städtisches Konto initiieren. Diese dienen der Finanzierung von 10 Jahren Unterbringung, Versorgung, Krankenversicherung, Haftpflichtversicherung und Bildung der ersten zwanzig aus Seenot geretteten Menschen.
2. Um die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel, für den Fall entstehender Mehrkosten oder eines über 10 Jahre hinausgehenden Verbleibes dieser geretteten Menschen auszuschließen, werden die zustimmenden Mitglieder der antragstellenden Fraktionen vorab für jeden Geretteten eine rechtsverbindliche selbstschuldnerische Bürgschaft übernehmen.

AfD Stadtratsfraktion

gez. Alexander Raue/ Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Die Stadt Halle hat im Rahmen der landesweiten Verteilung bereits tausende Menschen aus den typischen Asylherkunftsländern in Afrika und Asien aufgenommen untergebracht und versorgt. Diese pflichtig aufgelegten Leistungen und die damit verbundenen Kosten müssen die Hallenser erbringen und übernehmen. Die Grenze der zumutbaren Belastung und erduldeten Verpflichtung ist nun aber längst überschritten. Die Akzeptanz weiter Zuwanderung ist in der Bevölkerung auf ein Minimum gesunken. Öffentlich und medial wird von zurückgehenden Migrantenzahlen berichtet um Zustimmung zur Flüchtlingspolitik zu aktivieren und Probleme zu verniedlichen. Jedoch bleiben sowohl die Versorgungsansprüche der aufgenommenen Migranten als auch das zunehmende Entstehen von Kriminalitätsschwerpunkten und Parallelgesellschaften bestehen und sorgen für sozialen und kulturellen Sprengstoff in den Stadtteilen.

Wenn Mitglieder der Stadtratsfraktionen Linke, SPD, Grüne und Mitbürger Neues Forum nunmehr weitere Menschen in Halle aufnehmen möchten, dürfen die Kosten nach Ansicht der AfD Stadtratsfraktion nicht aus dem allgemeinen Stadtbudget bezahlt und somit auf die Hallenser übertragen werden. Vielmehr müssen die initiierenden Stadträte, für die mit der Aufnahme verbundenen Kosten, selbstschuldnerisch bürgen und vorab eine Sicherheitsleistung in Höhe von 130.000 € pro Person für die ersten 10 Jahre des Aufenthalts in Halle, noch vor Einreise auf ein von der Stadt Halle für diesen Zweck einzurichtendes Konto als Versorgungsspende einzahlen. Von diesem Konto ist dann der Unterhalt der Einwanderer für die Zeit ihrer Unterbringung zu begleichen. Bei längerem Aufenthalt oder nachdem die für jeden Migranten hinterlegten Mittel aufgebraucht sind bürgen die Stadträte dann persönlich für die fortlaufenden Kosten.

Die Hallenser dürfen für die arrogante, selbstherrliche und ideologische Politik einzelner nicht in Haftung genommen werden.